

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1 Mark, bei Selbstabholung 90 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 1.10 Mk., bei Selbstabholung 1 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mk. für 1 Monat 1 Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13 600.

Inserate kosten die 7gespaltene Pettzelle oder deren Raum 30 Pfg., bei Plagvorschritt 25 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Belegen von Prospekten ist bei der Gesamtauflage 4.— Mk. jedes Tausend, bei Zellaufgabe 5.— Mk. — Schluß der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4500 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Fortdauer der Isonzofchlacht.

Die neuesten Meldungen.

Friedrich Ablers Verteidigung.

Wien, 18. Mai. (W. Z. B.) Nach Verlesung der Anklageschrift begann das Verhör des Angeklagten, welcher sich in zusammenhängender Rede verteidigt. Er erklärt sich schuldig in gleichem Maße wie jeder Offizier, der im Kriege getötet hat. Einbringlich verwahrt sich der Angeklagte dagegen, die Tat in Unzurechnungsfähigkeit begangen zu haben.

Der Zustand der Justiz in Oesterreich habe ihn seit Kriegsausbruch aufs empfindlichste gebrüht; schon am 25. Juli 1914, nach Abbruch der diplomatischen Beziehungen, aber noch vor der Kriegserklärung, habe das Ministerium Strauß-Hohenburger mit einer Verordnung über die Aufhebung der Schwurgerichte einen offenen Staatsbruch begangen. Graf Strauß habe aber nicht nur durch die geschwundene zeitweilige Aufhebung der Schwurgerichte das Volksgerechtigkeit beseitigt, sondern durch Abschaffung der Parlaamente sich, auch seiner Anklagebehörde, entzogen. „Nach dem letzten Tage“, sagte der Angeklagte, „bedeutet er gefallt ist, hat er sich gewepelert, sich in eine Erörterung über den Zusammenhang des Reichstags einzulassen. Deshalb beschloß ich, den Ministerpräsidenten auf jenem Boden zur Rechenschaft zu ziehen, auf dem er sich selber gestützt hat.“ Nach Ansicht des Angeklagten war er hierzu berechtigt, weil, wenn das Gesetz zertrütert ist, jeder Staatsbürger nicht nur das Recht, sondern die Pflicht hat, sich sein Recht zu verschaffen auf Grund des Notstandes, den die Regierung geschaffen hat.

Im weiteren Verlauf seiner Verteidigung wies der Angeklagte auf das Abgehen der Sozialdemokratie von ihren früheren Grundsätzen hin. „Erst nach der russischen Revolution vertritt die Arbeiterzeitung das gleiche, was mich damals von der Sozialdemokratie schied. Ich bin kein Anarchist geworden. Ich stehe auf dem Standpunkt des Massenkampfes, der mit allen Mitteln zu führen ist, wenn legale Mittel versagen, auch mit Gewalt. Meine Tat war eine Individualaktion, nicht bestimmt, den Massenkampf oder die Revolution zu entfesseln. Was ich wollte, war die psychologische Voraussetzung, wir könnten die Massentation in Oesterreich schaffen. Ich hielt es für notwendig, ein Verbrechen zur Gewalt abzulösen, das die Parteien nützlich würde, einzugehen: diesem Manne ist es ernst mit der Sache, er gibt kein Leben dafür hin.“

(Die Sitzung wird unterbrochen.)

Eine Kriegszielerklärung der französischen Regierung.

Osaka, 10. Mai. Zentral Now meldet aus Paris: Die Kriegszieldebatte im englischen Unterhause hat in politischen Kreisen der französischen Hauptstadt befruchtendsten Widerhall gefunden. Man erachtet es für wahrscheinlich, daß sehr bald auch eine offizielle Erklärung der französischen Regierung in der Kammer folgen werde.

Japanische Kanonenboote als Begleitschiffe.

Basel, 10. Mai. Die Basler Nachrichten erfahren von Basler offizieller Entente-Seite aus Paris: Seit einigen Tagen liegen im Hafen von Marseille einige japanische Kanonenboote vor Anker, die dazu verwendet werden sollen, auf feindliche Unterseeboote Jagd zu machen. Sie dienen gleichzeitig für französische Handelschiffe als Bewehrung. Wenn dieser Versuch befriedigende Resultate zeitigen sollte, so wird die japanische Flotte in größerem Maßstabe für diesen Zweck herangezogen werden.

Bevorstehender Rücktritt Iswolzhis.

Von der schweizerischen Grenze, 10. Mai. Das Journal meldet aus Petersburg, daß nach dem Rücktritt Milukows nun auch Iswolzhis sein Amt zurückgeben werde. Das Blatt bemerkt ferner: Es könnten wichtige Veränderungen in der Vertretung der russischen Diplomatie bevor.

Aus dem amerikanischen Kongreß.

Basel, 10. Mai. Gavas berichtet aus Paris: Die Blätter entnehmen aus Washington, daß die Verhandlungen zwischen den beiden Kammern des Kongresses abgeschlossen sind und zu einer vollständigen Einigung geführt haben. Das Repräsentantenhaus nahm die Vorlage über den obliquatorischen Militärtribunal an, die heute dem Senat unterbreitet wird.

Der deutsche und der österreichische Tagesbericht vom 18. Mai befinden sich auf der 3. Seite.

Der heutige deutsche Tagesbericht liegt bei Abschluß der Nummer noch nicht vor.

Das russische Koalitionskabinett.

Die Petersburger Telegraphen-Agentur, also das Organ der Regierung, gibt heute die Mitgliederliste des neuen Ministeriums bekannt. Nicht weniger als vier Sozialisten, und zwar Vertreter der verschiedenen Richtungen der russischen Sozialdemokratie, sind danach in ihm vertreten. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat seinen Vizepräsidenten Stobeleff hergegeben, damit er als Arbeitsminister im Kabinett wirke. Stobeleff gehört wie Tseretelli zum Zentrum der russischen Sozialdemokratie. Rechts von ihm steht Plechanow, der die nationalistische Strömung innerhalb der Partei vertritt. Ueber die Stellung Terschernows, der das Ackerbauministerium übernimmt, ist uns genaueres noch nicht bekannt. Es hat aber den Anschein, als ob außer den Leninisten sämtliche Fraktionen des russischen Sozialismus in der neuen Regierung vertreten sein werden. Ueber ihr Programm ist noch nichts bekannt und ein genaueres Urteil über die Koalition wird auch solange noch vorbehalten werden müssen, als man über die Persönlichkeiten der bürgerlichen Minister und ihre Anschauungen und Bestrebungen nicht genauer informiert ist. Immerhin darf angenommen werden, daß der Arbeiterrat für den Eintritt seiner Mitglieder Bedingungen gestellt hat, die von den bürgerlichen Parteien angenommen werden mußten. Der neue Minister des Auswärtigen Zeresschenko ist einer der reichsten Grundbesitzer und Zuckerindustriellen Rußlands, hat in Deutschland studiert, beherrscht neben dem Deutschen auch Englisch und Französisch und war, wenn die Frankfurter Zeitung richtig berichtet ist, im russischen Hofdienst tätig und kurz vor dem Kriege mit der Leitung des kaiserlichen Ballettkorps betraut. Er soll 32 Jahre alt sein.

Englische Blätter sind von dem neuen Koalitionskabinett nicht sehr erbaud. Die Stimmung im Lande beleuchtet eine Aeußerung des Petersburger Korrespondenten des Daily Express, wonach die Lage in Rußland immer ernster werde. Der Arbeiter- und Soldatenrat sei zwar gegen einen Sonderfrieden, wünsche aber doch einen sofortigen Vergleich mit dem Feinde. Er sei deshalb zu Kompromissen bereit und wolle jedes Hindernis, das dem im Wege stehe, fortträumen. Dieser Korrespondent verzeichnet auch Gerüchte, wonach Generale und frühere Minister in Moskau eine Gegenrevolution machen und die Petersburger Regierung durch Abschneidung der Lebensmittelzufuhr auf den Sand setzen wollen. Die wirtschaftliche Lage malt die Korrespondenz sehr trübe; auf dem Kongreß der Bauernabgeordneten in Petersburg sei mitgeteilt worden, daß seit Ostern kein Getreide mehr nach den Eisenbahnen gebracht worden sei, daß die Armee keine Forderung bekomme, weil keine mehr zur Verfügung stehe, und daß die Städte in den nördlichen Provinzen von Hungernot bedroht seien. Die Petersburger Telegraphen-Agentur behauptet dagegen, bei einer Besprechung der Generale Alexeev, Brusilow, Gurko, Dragomirov und Schtscherbatschew mit der Regierung habe Ackerbauminister Schingarew einen ausführlichen Bericht über die Munitionsfrage und über die Pflege des Heeres erstattet, wobei der Austausch der Ansichten ergeben habe, daß sich die Verhältnisse täglich merklich bessern. Der neue Kriegsminister Kerenski hat seinen Amtsantritt mit einem energischen Tagesbefehl begonnen. Er lautet:

Das Vaterland ist in Gefahr und jeder muß sie nach Kräften abzuwenden suchen. Kein Rücktrittsgedanke von seiten bisheriger Kommandostellen, das dem Wünsche entspringt, der Verantwortlichkeit in diesem so ernsten Augenblick zu entgehen, wird von mir angenommen werden. Den Deserteur wird befohlen, zu dem schon angekündigten Tage, nämlich dem 28. Mai, zum Heer und zur Flotte zurückzukehren. Alle, die diese Anordnung übertreten, werden streng bestraft werden.

Der vorhin erwähnte Bauernkongreß zu Petersburg ist aus ganz Rußland von 361 Abgeordneten besetzt. Der französische Munitionsminister Thomas nahm an der Eröffnungsfeier teil und suchte die Bauern im Sinne der Entente zu beeinflussen. Der Abgeordnete Maslow, der die Sitzung eröffnete, sowie der Ehrenvorsitzende hielten Reden, in denen ebenso wie in denen des Ackerbauministers Schingarew die Bauern ernstlich auf die Pflicht hingewiesen wurden, das Land und die Armee zu versorgen. Die Notwendigkeit lebhaften Vorgehens an der Front wurde in diesen Ansprachen betont, das allein den Frieden näherbringen könne. Wie die Bauern sich zu diesen Mahnungen verhalten haben, ist noch nicht bekannt. Ein südrussischer Bauernkongreß, der vorige

Woche in Cherson stattfand, stellte sich auf die Seite des Arbeiter- und Soldatenrats und erklärte, die Regierung dürfe nur unterstellt werden, wenn sie in Uebereinstimmung mit dem Rate handle. Der Kongreß forderte weiter eine demokratische Bundesstaatliche Republik. In der Landstrage beschloß er, daß der Grund und Boden nicht Privateigentum bleiben dürfe, sondern denjenigen überlassen werden müsse, die ihn bearbeiten. Die konstitulierende Versammlung soll in dieser Frage die letzte Entscheidung fällen. Ein weiterer Bauernkongreß in Moskau hat am 2. Mai beschloffen, daß er in Uebereinstimmung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat eine internationale Sozialistenkonferenz zur Ausarbeitung der Friedensbedingungen fordere. Nur durch allgemeine Uebereinstimmung der kriegführenden Völker könne der Krieg beendet werden.

Diese Meldungen über die Haltung der Bauern verlangen eine vorsichtige Beurteilung. Immerhin darf man aus ihnen wohl schließen, daß das Proletariat der Städte, das im Arbeiter- und Soldatenrat seine Vertretung hat, vorerst mit der Unterstützung größerer Kreise der Bauernschaft rechnen darf. Auch aus diesem Gesichtspunkt ist die Zustimmung der kriegstreibenden Kreise Englands zu verstehen und sind die Meldungen über eine bevorstehende Gegenrevolution als nicht sehr ernsthaft zu bewerten. Solange Arbeiter und Bauern in ihren Bestrebungen parallel gehen, wird an einen Umschwung nach rechts in Rußland nicht zu denken sein. Die Haltung der Armee wird im wesentlichen immer die Haltung dieser beiden großen Klassen der russischen Nation widerspiegeln.

Die englische Regierung will es indes noch einmal mit einer Beschwörung des Arbeiter- und Soldatenrats versuchen. Sie bedient sich dabei der englischen Arbeiterpartei. Aus dem Haag wird dem Hamburger Fremdenblatt gemeldet:

Im Auftrage der englischen Regierung geht eine neue Mission der englischen Arbeiterpartei, bestehend aus Kirby, dem Vorsitzenden ihrer Exekutive, dem Minister Henderson und Mr. George Robert nach Petersburg ab, um dem dortigen Arbeiter- und Soldatenrat die absolute Notwendigkeit dringend vorzustellen, alles, was nach einem Sonderfrieden aussehende Pläne, zu vermeiden und ihn zu bekämpfen, nicht die Stockholmer Konferenz zu beschicken, sondern eine Konferenz der alliierten Sozialisten, die Mitte Juni in London stattfinden soll.

Es ist kaum anzunehmen, daß diese Mission größeren Erfolg hat als die vorangegangenen der Mehrheitssozialisten Frankreichs und der englischen Arbeiterpartei. Dafür werden unsere russischen Genossen zu sorgen wissen.

Die Neubildung der Regierung.

Petersburg, 10. Mai. (Meldung der Petersburger Telegraphen-Agentur.) Um 5 Uhr fand eine Sitzung der vorläufigen Regierung, des ausführenden Dumausschusses und von Vertretern des Soldaten- und Arbeiterrats statt, in deren Verlauf Ministerpräsident Fürst Nowo sagt: Die angekündigte Regierungserklärung enthält eine Reihe von Bedingungen und Forderungen, deren Annahme die Regierung als durchaus notwendig für den Erfolg ihrer Arbeit betrachtet. Die Hauptbedingung ist die Notwendigkeit der Ausarbeitung einer entschiedenen Erklärung seitens des Soldaten- und Arbeiterrats, in der er der vorläufigen Regierung sein volles Vertrauen ausspricht. Der Entwurf der Regierungserklärung enthält acht Punkte. Die Erklärung achtet streng die Grundzüge eines Friedens ohne Annexionen und Entschädigungen auf der Grundlage des Rechts der Völker, frei über ihr zukünftiges Geschick zu entscheiden, und betont, daß eine Niederlage Rußlands und seiner Verbündeten die Quelle des größten Nationalunglücks sein würde. Infolgedessen hat die Regierung das feste Vertrauen, daß die revolutionäre russische Armee einen Sieg der Deutschen über die Verbündeten nicht zulassen werde. Außerdem spricht die Regierung in der Erklärung den festen Entschluß aus, gegen die wirtschaftliche Verwirrung nicht nur mittels einer Aufsicht, sondern auch durch die Organisation der Erzeugung zu kämpfen. Die Regierung wird alle Maßnahmen ergreifen, um die Ausnutzung des Bodens zu regeln, wobei sie die Frage des Grundbesitzes offen läßt, die von der konstituierenden Versammlung geregelt werden soll. Fürst Nowo erklärte, der Entwurf der Erklärung habe den Charakter eines Ultimatums und bestand darauf, daß er im ganzen Umfang angenommen werden müsse.

Im Laufe einer Nachsitzung wurde die Frage der Vertretung der Ministerposten des neuen Kabinetts erörtert. Es wurde beschloffen, dem nationalen Sozialisten Tschernow das Ministerium des Ackerbaues, dem demokratischen Sozialisten Stobelew das der Arbeit, dem bisherigen Finanzminister Terschschenkow das Ministerium des Innern und dem bisherigen Justizminister Kerenski das Ministerium des Kriegs und der Marine anzuvertrauen. Als wünschenswert wurde der Eintritt Tseretelli und des Professors Kokoßkin in die vorläufige Regie-